

Erklärung der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten

<http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>

Uni Karlsruhe: Freiheit der Wissenschaft adieu. Autoritäres KIT-Konstrukt mit Militärforschung statt Zivilklausel

Der KIT Gründungssenat in Karlsruhe, am 8. März eigens zusammen getreten, um die Grundsatzung für den Universitätsteil, einen rechtlichen Eckpfeiler der KIT-Konstruktion zu beschließen, war nicht beschlussfähig. Mit dem Beschluss sollte die Verschmelzung der Elite-Universität (TH) Karlsruhe mit dem ehemaligen Kernforschungszentrum zum Karlsruher Institut für Technologie KIT (Gründung Oktober 2009 per Landesgesetz) komplettiert werden. Geladen waren alle KIT Studierenden (20.000) und KIT Beschäftigten (8.000). Warum fehlte ausgerechnet eine Mehrheit des Beschlussorgans, teilweise ohne Entschuldigung?

Ein schwer nachvollziehbarer Vorgang. Dabei handele es sich allerdings nicht wie vom KIT Präsidium behauptet um Desinteresse an einer demokratischen Verpflichtung, sondern um Protest gegen ein bürokratisches und intransparentes Verfahren, das über ein Jahr lang hingezogen wurde. Anstatt über diese schallende Ohrfeige aus den eigenen Reihen nachzudenken und innezuhalten, sei ungerührt der 21. März (sechs Tage vor den Landtagswahlen) als Folgetermin festgelegt worden.

In der Diskussion ist die Intransparenz von Beschäftigten und Studierenden kritisiert worden. Noch nicht einmal der Satzungsentwurf wurde den Betroffenen zur Verfügung gestellt und ob der überarbeitete Entwurf für den Folgetermin verschickt wird, blieb offen. Schon früher war auch jeglicher Dialog mit den Gewerkschaften abgelehnt worden, viele Schreiben und Offene Briefe blieben unbeantwortet, die Urabstimmung der Studierenden für eine einheitliche KIT Zivilklausel wurde schlicht ignoriert.

Der gesamte Entwurf atmet den Geist von autoritärer Bürokratie.

Als typisch für diesen maßgeblich auf Druck der Landesregierung fehlgeleiteten KIT-Prozess ist der seit über zwei Jahren strittige Punkt Zivilklausel („Forschung und Lehre nur für friedliche Zwecke.“) anzusehen. Die Studierenden waren dem Präsidium entgegen gekommen und hatten wortwörtlich die vom Wissenschaftsministerium für die Universität Tübingen genehmigte Zivilklausel (13.9.2010, Az.: 41-7323.1-108/1/1) beantragt.

Wortlaut: **"Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen."** Begründung der Studierenden: „Die exzellente Forschung und Lehre am KIT steht in guter Tradition der am Forschungszentrum Karlsruhe geleisteten Arbeit. Die dort über Jahrzehnte erfolgreich praktizierte Zivilforschung sollte die Leitlinie der Weiterentwicklung des KIT sein. Diese in der Präambel der Universität Tübingen bereits umgesetzte und vom Wissenschaftsministerium im September 2011 genehmigte Formulierung kann der Ausdruck dieses Willens sein.“

Mit der Aufnahme dieser Passage in die Präambel der Grundsatzung würde auch der unhaltbare und international kritisierte Zustand von Kern- und Waffenforschung unter einem Dach beseitigt.

Dem wurde vom Präsidium und den anwesenden Mitgliedern des Gründungssenats eine trickreiche Formulierung zur ethischen Verantwortung gegenüber gestellt, die angeblich weiter als eine Zivilklausel gehen soll. Die Einhaltung von ethischen Grundsätzen bedeutet aber keineswegs, dass auf Forschung für militärische Zwecke verzichtet wird und ist deswegen kein Ersatz für die Fortsetzung der Zivilorientierung des Forschungszentrums mittel

Zivilklausel, sondern eine Ergänzung. Wenn die Ethik-Formulierung aber tatsächlich als „weiter gehend“ verstanden wird, so spräche nichts gegen die zusätzliche Aufnahme der Tübinger Zivilklausel. Antwort auf diese schlüssige Argumentation einer UStA-Vertreterin: keine.

Wie die Initiative weiter mitteilt, wächst der Widerstand gegen die Militarisierung der Hochschulen und wird keinen Bogen um das KIT machen. Drei studentische Urabstimmungen für die Einführung einer Zivilklausel in den Unis Karlsruhe, Köln und FU Berlin. Eine Erklärung von über 60 Bremer HochschullehrerInnen gegen einen rüstungsfinanzierten Stiftungslehrstuhl. Ein Internationaler Appell gegen Forschung und Lehre für militärische Zwecke an allen Universitäten. Eine Konferenz zu diesem wichtigen Thema Ende Mai an der TU Braunschweig.

Von Studierenden, Gewerkschaften, Parlamentariern und erst kürzlich vom bundesweiten „freien Zusammenschluss von studentInnenschaften“ (fzs) wird gefordert: Militär und Rüstungsindustrie raus aus Schulen und Hochschulen. Zivilklausel rein in alle Hochschulen und die Landeshochschulgesetze. Dafür wird an mittlerweile zwei Dutzend Hochschulen Demokratie mit Leben erfüllt und Widerstand entwickelt.

Die Initiative unterstützt das Anliegen der Studierenden und bittet ihrerseits um Unterstützung durch Unterzeichnung der Forderung:

Die UnterzeichnerInnen fordern das KIT Präsidium und den Gründungssenat auf, dem Studierenden-Antrag zur Aufnahme der Zivilklausel in die KIT Grundsatzung "Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen." zuzustimmen.

Titel Vorname Name	Funktion / Institution / Organisation

Die letztgenannte Forderung wird mit der Liste der UnterstützerInnen veröffentlicht und dem Gründungssenat am 21. März übergeben werden.

Wir bitten um Rückmeldung der Unterstützungsmitteilung bis Mittwoch, 16. März, 20 Uhr, an die Email-Adresse dietch.schulze@gmx.de bzw. per handy 0160 9911 3131.

Für die Initiative: Reiner Braun, Dietrich Schulze und Dagmar Hamdi
Karlsruhe, 13. März 2011